SITZUNGSDRUCKSACHE

SOZIALAUSSCHUSS

Drucksache Nr. **B 186/2007**

Amt 56/1

Datum 19.11.2007

Öffentlich **Ja**

Stand der Umsetzung des SGB II im Kreis Steinfurt

Beratungsfolge

Gremium	Datum	TOP
Sozialausschuss	04.12.2007	3

I. Beschlussvorschlag

Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

II. Sachdarstellung

Die Umsetzung des SGB II stellt den Kreis Steinfurt als zugelassenen kommunalen Träger vor eine umfangreiche und komplexe Aufgabe, deren sozialpolitische Komponente gegenüber der Arbeitsmarktpolitik weiter an Bedeutung gewinnt. Die Verwaltung berichtet daher zu den Sitzungen des Sozialausschusses ausführlich zu dem derzeitigen Stand und informiert über aktuelle Entwicklungen. Ergänzende Statistiken (z. B. Datenreport NRW, monatliche Arbeitsmarktberichte) werden regelmäßig auf der Internetseite des Kreises Steinfurt veröffentlicht.

1. Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen

Die Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II ist bis Oktober 2007 stetig auf 6.851 Menschen gesunken und liegt damit bereits seit September 2007 unter 7.000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ging die Zahl der Arbeitslosen um 11,9 % zurück, so dass die Arbeitslosenquote mit 3,0 % den bisher niedrigsten Stand erreicht hat.

Die Entwicklung der SGB II-Arbeitslosenquote ist in der folgenden Grafik dargestellt:

Positiv ist hervorzuheben, dass der Anteil der unter 25-jährigen Arbeitslosen von 862 im III. Quartal 2006 auf 649 Personen gesunken ist. Der Personenkreis der über 55-jährigen liegt jedoch relativ unverändert bei 775 Personen im Oktober 2007.

Die Arbeitslosenquote insgesamt (SGB II und SGB III), ermittelt auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen, ist aufgrund der guten konjunkturellen Lage ebenfalls weiter gesunken und liegt im Oktober 2007 bei 5,1 %, im Vorjahresmonat lag die Gesamtarbeitslosenquote noch bei 6,1 % (minus 16,4 %). Damit liegt die Entwicklung des Kreises Steinfurt im Bundestrend, hier ist die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum um 16,3 % auf 8,2 % im Oktober 2007 gesunken. Insgesamt wurden im Oktober 2007 11.439 arbeitslose Menschen durch den Kreis Steinfurt (SGB II) sowie durch die Agentur für Arbeit Rheine im Rechtskreis des SGB III betreut.

Die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen aus beiden Rechtskreisen bezogen auf die einzelnen Städte und Gemeinden kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gemeinde	Stand: Oktober 2006			Stand: Oktober 2007			Veränd. SGB II		Veränd. SGB III	
	ALO gesamt	davon		ALO gesamt	davon		absolut	prozentual	absolut	prozentual
		SGB II	SGB III		SGB II	SGB III				
Krs Steinfurt	13.467	7.780	5.687	11.439	6.851	4.588	-929	-12%	-1.099	-19%
Altenberge	179	90	89	161	90	71	0	0%	-18	-20%
Emsdetten	1.319	779	540	968	545	423	-234	-30%	-117	-22%
Greven	1.013	454	559	932	525	407	71	16%	-152	-27%
Hopsten	133	66	67	118	49	69	-17	-26%	2	3%
Hörstel	430	198	232	369	182	187	-16	-8%	-45	-19%
Horstmar	161	81	80	135	78	57	-3	-4%	-23	-29%
Ibbenbüren	1.404	742	662	1.095	616	479	-126	-17%	-183	-28%
Ladbergen	112	60	52	83	42	41	-18	-30%	-11	-21%
Laer	191	119	72	151	102	49	-17	-14%	-23	-32%
Lengerich	724	460	264	548	347	201	-113	-25%	-63	-24%
Lienen	239	120	119	224	133	91	13	11%	-28	-24%
Lotte	431	266	165	368	229	139	-37	-14%	-26	-16%
Metelen	166	94	72	147	94	53	0	0%	-19	-26%
Mettingen	225	74	151	164	56	108	-18	-24%	-43	-28%
Neuenkirchen	366	220	146	307	164	143	-56	-25%	-3	-2%
Nordwalde	188	86	102	154	83	71	-3	-3%	-31	-30%
Ochtrup	674	415	259	562	375	187	-40	-10%	-72	-28%
Recke	244	119	125	203	95	108	-24	-20%	-17	-14%
Rheine	3.081	2.006	1.075	2.926	1.940	986	-66	-3%	-89	-8%
Saerbeck	157	65	92	148	60	88	-5	-8%	-4	-4%
Steinfurt	1.348	886	462	1.068	706	362	-180	-20%	-100	-22%
Tecklenburg	177	87	90	142	69	73	-18	-21%	-17	-19%
Westerkappeln	323	200	123	296	188	108	-12	-6%	-15	-12%
Wettringen	182	93	89	170	83	87	-10	-11%	-2	-2%

2. Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der Hilfeempfänger

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist seit März 2007 kontinuierlich gesunken und erreichte im Oktober 2007 mit 10.491 den niedrigsten Stand seit Sommer 2005. Im Gegensatz zur Arbeitslosenquote hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften jedoch nur geringfügig um 1,2 % im Vergleich zum Vorjahresmonat reduziert. Die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaft liegt dabei im Kreis Steinfurt unverändert bei ca. 2,23 Personen je Bedarfsgemeinschaft, in Nordrhein-Westfalen bei durchschnittlich 2,03 Personen und im Bundesdurchschnitt bei 1,95 Personen je Bedarfsgemeinschaft.

Die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften insgesamt sowie der Städte und Gemeinden werden in folgender Grafik und Tabelle veranschaulicht:

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften

Die Tendenz in der Entwicklung der Zahl der Leistungsempfänger ist als erfreulich zu bewerten: Nach einem kontinuierlichen Anstieg vom III. Quartal 2006 bis zum II. Quartal 2007 reduzierte sich die Anzahl der Leistungsempfänger bis Oktober 2007 um 4,9 % auf 23.205 Personen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass der niedrige Stand im III. Quartal 2006 (22.568 Personen) noch nicht wieder erreicht werden konnte:

3. Integration in Arbeit

Im Zeitraum bis Oktober 2007 sind von der GAB AöR 3.108 Menschen wieder in Arbeit integriert worden. Dies sind 284 weniger, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies dokumentiert die Probleme, auch bei guter Konjunkturlage minder qualifizierte Menschen wieder in eine Beschäftigung zu vermitteln. Arbeitsmarktnahe Personen, oder Menschen, die gerade erst arbeitslos geworden sind, haben dagegen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb reduziert sich der Anteil der arbeitsmarktnahen Menschen im SGB II.

Kommune	Integration	Männer	Frauen	U5	Ü5	befristet	unbefristet	EZ	KBM	Kontin ldn	nicht gefördert
Alterberge	51	34	17	4	47	13	33	12	1	1	37
Ernsdotten	204	132	72	9	195	74	109	37	4	2	161
Greven	297	192	105	45	252	134	139	36	7	0	254
Hörstel	75	54	21	11	64	40	28	9	2	3	62
Hopsten	55	32	23	7	48	40	13	5	1	1	47
Hörstmar	18	14	4	2	16	6	11	3	3	0	12
Ilberbüren	405	284	119	78	325	214	173	64	5	2	332
Lacbergen	41	29	12	3	38	18	23	11	1	1	28
Lær	41	31	10	11	30	20	21	4	1	0	36
Lengerich	189	131	58	41	148	73	113	27	2	5	154
Lienen	77	58	19	13	64	29	47	10	0	2	65
Lotte	106	76	30	12	94	49	42	17	2	0	87
Mäden	38	28	10	10	28	17	16	2	3	0	33
Mettingen	52	31	21	6	46	38	14	2	0	2	48
Neuenkirchen	83	63	20	5	78	21	53	11	0	3	66
Nordwalde	49	34	15	7	42	32	13	7	0	0	42
Othrup	130	90	40	13	117	49	52	14	0	3	113
Recke	89	57	32	14	75	47	38	7	0	1	81
Rhine	579	402	177	93	486	255	248	87	3	5	483
Saarbeck	23	17	6	1	22	10	11	1	0	1	21
Steinfurt	378	274	104	64	314	153	188	38	2	9	327
Teckenburg	40	27	13	7	33	18	22	12	0	0	28
Westerkappeln	50	38	12	7	43	17	31	11	2	0	37
Wettingen	40	34	6	4	36	13	23	5	1	1	33
Summen	3108	2162	946	467	2641	1300	1461	432	40	42	2587

4. Umstellung der Einkommensanrechnungsmethode

Wie in der Sitzung des Sozialausschusses am 28.08.2007 (Vorlage B 97/2007) berichtet, hat der Kreis Steinfurt die Einkommensanrechnungsmethode zum 01.09.2007 auf die vom Bund geforderte horizontale Berechnung umgestellt. Der Kreis Minden-Lübbecke wird versuchen, über ein Musterstreitverfahren die Verfassungsmäßigkeit dieser Einkommensanrechnungsmethode überprüfen zu lassen. Die Klage wird z.Zt. vorbereitet und soll in den kommenden Wochen eingereicht werden.

In o.a. Vorlage wurden durch die Umstellung Brutto-Mehrausgaben von rd. 300.000 Euro monatlich prognostiziert. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt. Stattdessen beliefen sich die Brutto-Mehrausgaben in den Monaten September und Oktober 2007 auf jeweils rd. 100.000 Euro. Die geringeren Mehrkosten sind in die Kostenaufstellung und die Prognose des Jahresergebnisses 2007 unter Ziffer 4.2 eingeflossen.

Der pauschal ermittelte Erstattungsbetrag für 2005 wurde seitens des BMAS im Rahmen der Testats zur Jahresrechnung 2005 zu Erstattung angefordert und inzwischen an den Bund überwiesen. Die Erstattungsbeträge für 2006 und die ersten acht Monate 2007 werden derzeit ermittelt und werden ebenfalls noch in diesem Haushaltsjahr an den Bund abgeführt. Aufgrund der Spitzabrechnung wird ein Erstattungsbetrag von insgesamt rd. 2,5 Mio. Euro brutto erwartet. Bislang war allein

für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 von einem Betrag von rd. 2,8 Mio. Euro ausgegangen worden.

Die aktuellen Werte sind ebenfalls in die Kostenaufstellung und die Prognose des Jahresergebnisses 2007 unter Ziffer 4.2 eingeflossen.

5. Finanzen

5.1 Budget des Bundes

Auf die Ausführung des Bundesbudgets wird in der Vorlage zum Arbeitsmarktprogramm 2008 ausführlich eingegangen. Die Verwaltung geht davon aus, dass das zur Verfügung stehende Budget in 2007 vollständig ausgegeben werden wird.

Zu Einzelheiten wird deshalb auf die Vorlage B 187/2007 dieser Sitzung verwiesen.

5.2 Kommunale Aufwendungen

Das voraussichtliche Ergebnis der kommunalen Kosten nach dem SGB II setzt sich aus einer Vielzahl von Veränderungen, die sich im Laufe des Haushaltsjahres ergeben haben, zusammen. Hierzu gehören die sich insgesamt niedrigeren Ausgaben, die Umstellung der Einkommensanrechnungsmethode sowie die daraus resultierenden Erstattungen an den Bund für Vorjahre und die Erhöhung der Weitergabe der Wohngeldentlastung durch das Land NRW. Bedingt durch diese Änderungen verändern sich auch jeweils die Kostenbeteiligung des Bundes (mit den Beteiligungssätzen der jeweiligen Jahre) und die Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden.

Die sich jeweils bedingenden Veränderungen mit den Auswirkungen auf die Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Kreishaushalt 2007 in Euro	Beteiligung des Bundes in Euro	Beteiligung der Kommunen in Euro
1	Ansatz Kosten der Unterkunft und Heizung im Kreishaushalt 2007 (incl. Einnahmen)	41.180.000	12.848.000	13.286.000
2	belastende Veränderungen:			
3	Umstellung auf horizontale Berechnungsmethode zum 01.09.07	400.000	125.000	138.000
4	Erstattung an den Bund für 2005	700.000	203.000	0
5	Erstattung an den Bund für 2006	1.000.000	291.000	178.000
6	Erstattung an den Bund für 2007	800.000	250.000	275.000
7	Zwischensumme	44.080.000	13.717.000	13.877.000
8	entlastende Veränderungen			
9	Mehreinnahmen aus Wohngeldentlastung durch das Land	2.800.000	0	1.400.000
10	Wenigerausgaben aufgrund insgesamt günstiger Entwicklung	1.200.000	287.000	544.000
11	erwartetes Ergebnis 2007	39.905.000	13.430.000	11.933.000
12	mehr / weniger gegenüber Ansatz Kreishaushalt 2007	- 1.100.000	+ 582.000	- 1.353.000

Durch insgesamt geringere Ausgaben (minus 1,1 Mio. Euro), eine höhere Bundesbeteiligung (plus 582.000 Euro) bei gleichzeitig geringeren Einnahmen durch die Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden (minus 1,35 Mio. Euro) ergeben sich für den Kreishaushalt gegenüber der Veranschlagung im Haushalt 2007 insgesamt Wenigerausgaben von rd. 330.000 Euro.

Für die Städte und Gemeinden ergeben sich trotz Mehrausgaben in Zusammenhang mit der Umstellung der Einkommensanrechnungsmethode insbesondere durch die Weitergabe der Wohngeldentlastung durch das Land NRW Einsparungen von 1.353.000 Euro.

Die einzelnen Kostenblöcke entwickelten sich wie folgt:

	Haushalt 2007	erwartetes Ergebnis 2007	Differenz
	in Euro	in Euro	in Euro
Kosten der Unterkunft und Heizung	42.060.000	44.000.000	+ 1.940.000
Einnahmen, die den Kosten der Unterkunft zuzurechnen sind	880.000	850.000	- 30.000
Zwischensumme 1	41.180.000	43.150.000	+ 1.970.000
davon Bundesanteil	12.848.160	13.430.000	+ 581.840
Zwischensumme 2	28.331.840	29.720.000	+ 1.388.160
Kosten für Wohnungsbeschaffung, Mietschulden u. einmalige Leistungen, zu denen der Bund keinen Anteil übernimmt, abzügl. Einnahmen	1.655.000	1.420.000	- 235.000
Sonstige soziale Dienstleistungen (Unterbringung Frauenhaus und Erstattungen an die UA 500 u. 540)	665.700	630.000	- 35.700
Einnahmen aus der Weitergabe der Wohngeldendlastung durch das Land NRW	3.413.717	6.214.000	+ 2.800.283
Zwischensumme 3	27.238.823	25.556.000	- 1.682.823
Kostenbeteiligung durch die Städte und Gemeinden (50 %), ohne sonstige soziale Dienstleistungen und ohne Beteiligungen an den Erstattungen bis zum 30.06.2006	13.286.000	11.933.000	- 1.353.000
Gesamtkosten Kreis Steinfurt	13.952.823	13.623.000	- 329.823

Bei dem Zusammenwirken dieser vielen Faktoren fällt es schwer, die eigentliche Entwicklung der kommunalen Kosten für Unterkunft und Heizung sowie einmalige Leistungen im Auge zu behalten.

Nach Angaben der kommunalen Spitzenverbände ist die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften in den Vergleichszeiträumen Juli 2005 bis Juni 2006 und Juli 2006 bis Juni 2007 bundesweit um 3,7 % zurückgegangen. Dies entspricht exakt dem Rückgang im Kreis Steinfurt. Dagegen sind im gleichen Referenzzeitraum die Kosten der Unterkunft bundesweit um 8,4 % gestiegen, während die Steigerungsrate im Kreis Steinfurt – bereinigt um die Sonderfaktoren aus der Umstellung der Einkommensanrechnungsmethode – nur 1,7 % beträgt.

Die Vergleichszeiträume mit dem Stichtag in der Mitte des Jahres sind so gewählt worden, weil diese für die Neufestsetzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung von Bedeutung sind.

III. Folgekosten

Entfällt

IV. Haushaltsrechtliche Voraussetzungen

Entfällt